

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für den Frauen- und Jugendzettelung einschließt. Bringerlohn monatlich 30 Pf.
Durch die Post bezogen vierteljähr. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Echternst.-Ländern M. 5.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeitung von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 246.

Dresden, Sonnabend den 22. Oktober 1910.

21. Jahrg.

Drauf und durch! Zu den Gemeinderatswahlen.

Dem in zwei Worte zusammengefaßten Appell, mit dem Genosse
etel seine bedeutsame Rede auf dem Magdeburger Parteitag schloß,
den die sächsischen Genossen jetzt doppelt beachten. Wieder stehen
vor die wichtigsten Wahlen, die leider diesmal noch keineswegs ihrer
Bedeutung entsprechend gewürdigt werden. In den kommenden
Wochen müssen im weitläufigsten Teil der sächsi-
schen Gemeinden die Ergänzungswahlen für die
Landparlamente vorgenommen werden. Wer die
Entwicklung der Kommunalpolitik in den letzten Jahren beobachtet hat,
wird sich an Bedeutung ständig zunimmt, daß auf diesem Gebiete
immer neue wichtige Fragen aufstehen, neue Forderungen geltend
machen werden, an deren reiflicher Erfüllung in erster Linie die unteren
Schichten das größte Interesse haben. Gleichzeitig
werden immer die finanziellen Verpflichtungen und damit die Steuer-
lasten in den Gemeinden, die jetzt schon oft doppelt, ja drei- und vier-
fach so schwer sind, wie die Staatssteuerlasten. Diese Entwicklung
geht in denselben Bahnen weiter. Und wir haben keine Veranlassung,
dies zu beklagen. Sind es doch gerade wichtige Kulturfor-
derungen, soziale Aufgaben, die sich immer von neuem und immer
dringender in den Gemeinden geltend machen. Wohl aber fordern wir,
daß der Staat für einen Ausgleich der Gemeindefinanz sorgt und diese
in Teil selbst übernimmt.

Wir erkennen, um die zunehmende Bedeutung der Gemeindefinanz
zu beleuchten, hier nur an die Fürsorgeergänzung,
den Gemeinden auf Grund eines Landesgesetzes neue wichtige
Aufgaben sozialer Natur, aber auch Aufgaben auferlegt. Von
sozialdemokratischer Seite muß vor allem gefordert werden, daß diese
Aufgaben den gesundheitlichen und pädagogischen Anforderungen ent-
sprechend mit Sorgfalt durchgeführt werde und Menschenliebe dabei
nicht fehlen sei.

Noch wichtiger ist die Arbeitslosenfürsorge, die sich in
den letzten Jahren als ebenso nötige wie unabweisbare Pflicht der
Gemeindefinanz geltend gemacht hat. Staat und Reich haben
dabei bisher fast vollständig versagt. Mit Verordnungen auf eine Seite
schafft man aber denen nicht, die hungern und frieren
oder einer unregelmäßigen Produktionsweise, die hauptsächlich von
Wetterverhältnissen abhängig ist, getrieben wird, geworden sind. Besonders
in den Wintermonaten haben alle Gemeinden eine mehr
oder weniger große Zahl Arbeitsloser. Ohne Beschäftigung, ohne
Einkommen, sind sie mit ihren Familien den schwersten Bedingnissen
ausgesetzt. Hier ist Hilfe bringen nötig, Hilfe, die aber nicht in
materieller Unterstützung bestehen darf. Da gilt es für Notleidende
für außerordentliche Unterstützungen zu sorgen. Solange das
Reich mit einer großzügigen Arbeitslosenversicherung versagt, muß
die Gemeinde die Aufgabe erfüllen, die schlimmste Not von den
Arbeitslosen fern zu halten, zu verhindern, daß sie nicht
vollständig dem Ruin verfallen. Denn zeitigste das schlimmste aller sozialen
Unglück, das größerem Umfange diese traurigen Folgen, hätten darunter
die Gemeinden schwer zu leiden. Da gilt es denn, den Arbeits-
losen helfend beizustehen der Möglichkeiten und Wege gibt es viele.
Aber schon hier, daß den bürgerlichen Vertretern in den Ge-
meinden der gute Wille und wohl auch zum Teil das Verständnis fehlt,
um nur einen der möglichen Wege einzuschlagen. Schließlich
ist die mit dem Verlust der politischen Ehrenrechte verbundene Armen-
unterstützung die zudem oft noch völlig ungenügend ist, will man sie
erweitern. Hier einer besseren sozialen Einstellung zu verschaffen
ist so eine ausserordentliche Arbeitslosenfürsorge in die Wege zu setzen,
was nicht nur erreichbar sein, wenn für eine starke sozialdemokratische
Minderheit in den Gemeinden sorgt wird.

Aber auch sonst finden wir in den Gemeindefinanzverhältnissen ein
sehr fruchtbares Feld für die Tätigkeit der Arbeiterparteien. Es braucht
nur die Volksschule genannt zu werden, die noch fast ganz den
Gemeinden unterstellt ist. Wohl hat der Staat übrigens völlig unge-
hörige Besätze und Vorschriften über das Volksschulwesen erlassen,
aber im wesentlichen nur eine Verbodnung bedeuten. Dagegen
wäre es den Gemeinden, den weitläufigsten Teil der Volksschulen
selbst aufzubringen. Schwer bedrückt die Volksschulen
die ärmeren Gemeinden; weit überlegen sie deren finanzielle
Leistungsfähigkeit. Diese sind nahe daran, unter den überfliegenden
Anforderungen zusammenzubrechen und sind doch nicht in der Lage,
das Nötigste für den Volksschulunterricht aufzubringen. Haben aber
gerade die ärmeren Volksschichten das größte
Interesse daran, daß der Volksschulunterricht den
Anforderungen der Zeit entsprechend ausgebaut
wird, daß keine überflüssigen Klassen Gesundheit und Ausbildung
von Kindern schwer beeinträchtigt? Der Reiche schickt seine Kinder
in eine höhere Schule, seine Söhne und Töchter werden nicht davon
beeinträchtigt, wenn der Krebschaden der einseitigen Belastung durch den
Volksschulunterricht ein Volksschulkind zeitigt, wie es vielfach schon in
den Gemeinden zu beobachten ist. Die Kinder der Arbeiter aber
sind nur als geistiges Nahrungsmittel für den für sie schon in jungen
Jahren beginnenden Kampf ums Dasein mitzunehmen, was ihnen die

Volksschule bietet. Es werden daher in erster Linie Arbeitervertreter
wahre Freunde und Förderer der Volksschule sein.

Nicht weniger wichtig ist die Armenpflege, die heute viel-
fach namentlich in Dörfern im argen liegt. Die regierenden Haus-
besitzergruppen sind hier nur darauf bedacht, die Ausgaben für die
Armen so niedrig wie möglich zu halten. Die lokalen Nachhader,
die sonst für patriotischen Klimate, für Königs-
empfang oder Sportzwecke das Geld sehr freigebig
ausgeben, versuchen gerade dann zu sparen, wenn die Fürsorge
für arme Witwen oder Waisen in Frage kommt. Welt davon sind
wir von der selbst in der veralteten sächsischen Armenordnung herab-
gehobenen Erkenntnis entfernt, daß es sich bei der Armenpflege nicht
nur darum handelt, die Armen knapp vor dem Verhungern zu schützen,
sondern die völlige Verarmung verhindert und vermieden werden soll,
daß diese zur Verelendung führt. Dieser Forderung energisch Geltung
zu verschaffen, ist eine Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindefinanz-
politik, der mehr Einfluß als bisher gesichert werden muß.

Neben den angeführten sind andere wichtige Aufgaben in
den Gemeinden zu erfüllen, die für das Allgemeinwohl von größter
Bedeutung sind. Wir nennen nur noch das weite und wichtige Gebiet
der öffentlichen Gesundheitspflege und die damit in Ver-
bindung stehende Nahrungsmittelkontrolle, die Krankenpflege, die Für-
sorge für Säuglinge und solche Kinder, die sich selbst überlassen sind,
weil die Eltern in der Regel schwer krank sind. Da gilt es
Spielplätze und Kinderhorten zu schaffen. Von großer Bedeutung
ist die Beschaffung von Kleinwohnungen und eine ausreichende Woh-
nungskontrolle. In vielen Gemeinden sind das gerade brennende
Fragen. Aus zahlreichen Orten erschallen laut die Klagen über Woh-
nungsmangel. Das ist ein Zustand, der sich sofort doppelt fühlbar
macht, denn er hat zum Teil auch den Mietwucher zur Folge und steigert
sich daher zur Ärgernis. Hier muß die Gemeinde
eingreifen und selbst Wohnungen bauen, gleichzeitig gilt es dafür zu
sorgen, daß die Mietwohnungen auch allen gesundheitlichen Anfor-
derungen entsprechen. Viel bleibt in den meisten Gemeinden noch zu
wünschen übrig; eine dankbare Arbeit harret hier sozialdemokratischen
Vertretern.

Die rapid steigenden Anforderungen, die Tatsache, daß der Staat
den Gemeinden immer mehr Aufgaben zuweist, hat ein rasches Steigen
der Ausgaben und damit auch der Gemeindefinanz mit sich gebracht.
Immer dringender werden die kommunalen Anlagen, damit aber auch
die Frage der Reform der Gemeindefinanz immer
dringender. Je dringender die Steuerlasten sind, desto schlimmer
machen sich Rückständigkeit und Ungerechtigkeiten im Steuerwesen
fühlbar. Und gerade in den Gemeinden haben sich veraltete Steuer-
regulativen in noch zahlreichen Fällen erhalten. Darunter leiden aber
in erster Linie die ärmeren Einwohner, die infolge dessen oft einseitig
überlastet sind, während die Reichen oft weniger Steuern zahlen
brauchen, als der Staat von ihnen fordert. Der Staatseinkommen-
steuertarif ist gewiß kein gerechter und idealer, aber die Gemeindefinanz-
steuerregulativen bleiben häufig noch weit hinter ihm zurück. Da sind
Reformen dringend nötig. Die bürgerlichen Vertreter werden sich
aber hüten, da vorzugehen, haben doch ihre Anhänger zum Teil persön-
liche Vorteile von den Steuerungerechtigkeiten. Es wird auch hier
erst vorwärts gehen, wenn Sozialdemokraten mehr Einfluß gewinnen.

Seit herrsche bisher in unseren Reihen häufig viel Gleich-
gültigkeit, wenn der Wahrspruch erging, zur Gemeindefinanzwahl zu rufen.
Vielmehr wurde in den Reihen der Arbeiterpartei die Gemeindefinanz-
politik noch unterschätzt und übersehen, daß hier für
das Allgemeinwohl wichtige Aufgaben zu lösen,
Kulturforderungen bedeutsamster Art zu erfüllen
sind. Gerade die Arbeiter sind es, die am schwer-
sten darunter zu leiden haben, wenn Schule, Armen-
pflege, Wohnungsfürsorge und andere sozialen
Aufgaben vernachlässigt werden. Von den sozialen
Nachhader in den Ortsparlamenten ist aber in dieser Hinsicht nichts
zu erwarten. Wer regiert dort? In erster Linie Hausbesitzer-
gruppen, die vor allem auf den Vorteil ihrer Klasse bedacht sind,
die weder Verständnis noch guten Willen für die Anforderungen der
kommunalen Sozialpolitik haben. Diese unsere Gegner aber haben
die Bedeutung der Gemeindefinanzpolitik besser als die Arbeiter erkannt.
Wies bieten sie auf ihre Herrschaft in den Gemeindefinanzverhältnissen zu
sichern. Wir in Sachsen wissen ja, daß einer Gemeinde nach der
anderen das Wahlrecht verstreut wird. Alles zu dem
Zweck, die Herrschaft der Besitzenden zu sichern, den
Einfluß der Arbeiterpartei zu beschneiden.

Schon diese empörenden Wahlschicksale bereiten müssen
uns aufzureden zum entschiedensten Vorstoß gegen die kommunal-
reaktion bei den Gemeindefinanzwahlen. Es gilt alles aufzubieten,
sozialdemokratische Vertreter in größerer Zahl als bisher in die Ge-
meindefinanzparlamente zu entsenden. Die engere Interessenpolitik auf
Kosten des Allgemeinwohls und jedes Fortschritts muß durchbrochen,
der sozialdemokratischen Gemeindefinanzpolitik mehr Einfluß gesichert
werden. Und das zu erreichen, dazu ist die größte Mühseligkeit, ist ein
konzentrierter Vorstoß auf unserer Streikkolonnen nötig. So Ge-
meindefinanzwahlen bevorstehen da gilt es einen Kampf gegen Feinde,
die zu den empörendsten, gemeindefinanzfeindlichsten und klein-

lichsten gehören. Mogen fleisch hinter ungerechte Wahl-
systeme verschangen, wir müssen den größeren
Schwierigkeiten größere Energie entgegensetzen.
So werden wir auch in der Gemeindefinanz vorwärts kommen, so
werden wir die jetzt herrschenden kultur- und arbeiterfeindlichen
Klassen immer mehr zurückdrängen und unseren Einfluß vergrößern.
So werden wir einer vernünftigen Kommunalpolitik die Wege ebnen
zum Vorteil des Allgemeinwohls. Und nun laßt uns rüsten, laßt uns
die Zeit nützen, laßt uns allerorts alles aufbieten,
schlagfertig zu sein, wenn der Gemeindefinanzwahltag
herannahet. Die sächsischen Gemeindefinanzverhältnisse
dürfen hinter unseren anderen Erfolgen der
Gewerkschaft nicht zurückbleiben. Darum auch hier
vorwärts mit der Losung: Drauf und durch!

Ein imperialistisches Schandstück.

Die beiden Mächte beschließen mit
diesem Abkommen keineswegs, die Unabhängigkeit
Persiens anzuerkennen, sondern vielmehr diese für
alle Zeiten zu sichern.

So hieselten die englische und russische Regierung in
einer Note an die persische Regierung zur Erläuterung des
russisch-englischen Abkommens vom August 1907, das Persien
in drei Teile zerlegte: eine nördliche, russische Einflusssphäre,
eine südliche englische und eine dritte, neutrale Sphäre, die sich
zwischen die beiden schiebt. Bei der Unerschütterlichkeit der kapitalistischen
Völkerrechtler war voranzusehen, daß weder Rus-
land noch England sich mit dieser Position im Lande des
Schahs begnügen würden. Trotzdem übertrug der Zar, der
den England nunmehr an Persien zu veräußern gedenkt, durch
eine brutale Offenheit, die ein modernes Gegenbeispiel
höchstens in der Vergewaltigung Finnlands durch die Zaren-
regierung hat: in einer bereits veröffentlichten Drohnote der
englischen Regierung an Persien wird dem persischen Volke
nach und unverhohlen der Untergang seiner Selbständigkeit
angekündigt. Das englische Ultimatum fordert von der persi-
schen Regierung, daß sie die Handelswege im Süden des
Landes, die seit langer Zeit von bewaffneten Räuberbanden
unpassierbar gemacht werden, binnen drei Monaten in
Ordnung bringe. Erfülle die persische Regierung diese Forde-
rung nicht, dann werde die englische Regierung selber eine
hinreichende Polizeimacht auf persische Kosten unter der
Führerschaft von anglo-indischen Offizieren organisieren,
um die Sicherheit von Leben und Eigentum auf diesen
Handelsstraßen zu sichern.

Seit seiner nationalen Erhebung ist das Reich des
Schahs aus inneren Wirren nicht herausgekommen. Als der
Schahe Mohammed Ali nach dem nationalistischen Volkssturm
des vorigen Jahres seinen Harem schließen und sein Bündel
schürren mußte, hinterließ er dem neuen konstitutionell-parla-
mentarischen Regime 120 Millionen Mark Schulden, Finanz-
katastrophen und Kulturprobleme, die das durch eine strapazo-
lose Schahdespote, Mißwirtschaft und Korruption ausge-
beutete und desorganisierte Land bis heute nicht zu lösen ver-
mochte. Die widerstreitenden Interessen der Schahne, der
unterschiedlichen Stammeshäuptlinge, der reaktionären und
der nationalistisch-fortschrittlichen Schichten sind nicht im
Handumdrehen gleichmäßig zu befriedigen, und die Schah-
mücheln im Innern hat bis heute nicht aufgehört. Der Re-
gierung Mostafa el Mamelek gelang es, bis zu einem gewissen
Grade der Anarchie zu steuern, die jedoch zu entwaschen und
den Schwachher zu beseitigen, der die Waffenhilfe Englands
angewandt hatte. Die Schwäche der Zentralgewalt liegt jedoch
in dem völligen Mangel einer bewaffneten Macht, sie ist auf
die Unterstützung der Khans und Häuptlinge angewiesen, und
das ist nicht viel mehr als nichts. Wenn also auch Ruhe in
Teheran herrschte, so war doch jede Räuberbande in der
Provinz in der Lage, das Wollen der Staatsmacht hier völlig
aufzuheben. England und Rußland haben sich wohl die Vor-
herrschaft gesichert, zur Gesundung der Zustände jedoch nichts
getan. Die dem neuen Regime abholde Zarenregierung hat
im Gegenteil trotz mancher Versprechen ihre 6000 Mann weiter
in Nordpersien stationiert und so den reaktionären Ruheherren
Mut zur fortwährenden Verunruhigung ganzer Landesteile
gemacht. Im übrigen weiß Rußland so gut wie England,
daß die Unsicherheit gewisser Straßen nicht von heute ist.
Nur hatten die in Stämmen organisierten Wegelagerer unter
der Schahdespote das Privileg zum Rauben, während sie
unter dem neuen Regime den Raub riskieren, weshalb die
öffentliche Sicherheit unter der konstitutionellen Regierung
eher größer ist als unter der absolutistischen.

Wenn England trotzdem gerade jetzt die militärische Be-
setzung plant und der kommerziellen Teilung Persiens die
militärisch-politische folgen lassen möchte — im Norden die
russische Soldateska, im Süden die britische —, so beweist das
wieder einmal, wie rücksichtslos der moderne Großstaat über
Verträge und Noten und aufwärtsstrebende Völker hinweg-
stampft, wenn es zum Wohle seiner Kapitalisten geschieht.
Und die englischen Kapitalisten haben ein lebhaftes Interesse
an der Niederhaltung Persiens. Ein selbständiger persischer
Kapitalismus würde die englische Wareneinfuhr herabmindern,
würde die Hebung des Landes und die Verbesserung seiner
Finanzen bedeuten, würde die ausländischen Pumpselder